

# Sächsisch-Preussische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Wozugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sanitäts-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgerichtlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 189

Dienstag, 16. August

1921

## Der Oberste Rat und die Sanktionen.

### Bedingungsweise Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Paris, 14. August. In seiner letzten Sitzung hat gestern der Oberste Rat die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September ab unter gewissen Bedingungen beschlossen. Loucheur gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März dieses Jahres, nach der Beschlüsse der Reparationskommission hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und der Bestrafung der Kriegsschuldigen in Frankreich anzuwenden seien, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen in der vorläufigen Ausführung des Friedensvertrages gemacht habe. Indessen erklärte er, dass ein Anfang der Ausführung gemacht werden sei, und dass die deutsche Regierung den guten Willen zu haben scheine, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er schlug deshalb die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vor unter der Bedingung: 1. dass die am 31. August fällige Verzinsung einer Milliarde Goldmark zu zahlen aufgehoben wird, 2. dass die deutsche Regierung sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung beschlossenen Maßnahmen einverstanden erklärt, durch die der systematischen Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Verbündeten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollen, ein Ende gemacht werden soll. Die militärischen Sanktionen dagegen, schloß Loucheur, müssen aufrechterhalten werden.

In seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite dar. Sie wählten nach ihm in volstem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Verbündeten angenommen hat. Curzon versicherte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und, da die Abweisung tatsächlich stattgefunden hat, auch hinsichtlich der Kriegsschuldigen korrekt gewesen sei. Die Sanktionen, sagte er fort, seien eine notwendige Angelegenheit. Sie reigten das deutsche Nationalgefühl. Schließlich müsse das Kabinett sich, das seinen guten Willen beweise, unterliegt werden. Endlich verlangte Curzon die schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.

Darauf ergriff Briand das Wort. Er erinnerte zur Rechtfertigung des Standpunktes der französischen Regierung daran, unter welchen Umständen die Sanktionen beschlossen wurden. Er erklärte in seiner Rede, es bleibe eine große Frage, welche Befehle; das Kabinett dürfe keine unpopulären reaktionären Kabinets gestützt werden. Dann wurde die verträglichste Aufhebung der Sanktionen, weit entfernt davon, eine Entspannung herbeizuführen, zu einer Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland führen, und die verbündeten Regierungen wären gegen den Willen der neuen Mächte Deutschlands waffenlos. Frankreich habe keine geheimnisvollen Hintergedanken. Seit zwei Jahren erwarte das französische Volk die gerechte Wiedergutmachung der Leiden, die der von Deutschland betriegene Krieg (?) ihm auferlegt habe. Frankreich habe eine ganze Jahresklasse mobil gemacht, ohne sich ihrer zu bedienen. Aber das französische Volk, so ruhig und edelmütig es sei, würde es nicht verstehen, daß die deutsche Regierung einen Tag, nachdem die französischen Wehrmacht in Leipzig beleidigt worden seien (!), die Aufhebung aller Sanktionen erreicht. Die französische Regierung schlage indessen angesichts der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich in gewisser Weise bemüht habe, ihre Misere zu beheben, sich zu halten, selbst die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen unter den von Loucheur angegebenen Bedingungen vor. Was die militärischen Sanktionen anbetreffe, so sei die Stunde für ihre Aufhebung noch nicht gekommen. Sie werde demnach kommen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen in der Reparationsfrage nachkomme, und wenn es die Arbeit der Kommission,

die mit der Überwachung seiner Entwaffnung beauftragt sei, erleichtere. Die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen würde bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates wieder aufgenommen werden können. Nach dieser Rede Briands beschloß der Oberste Rat, indem er sich Briands Ansicht anschloß, folgendes:

1. Die militärischen Sanktionen werden aufrechterhalten. 2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen: a) die fällige Zahlung vom 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig beglichen, b) es wird eine Einrichtung der Verbündeten ins Leben gerufen, um die Einfuhrerlaubnisse für Erzeugnisse der verbündeten Länder in dem besetzten Gebiet zu überwachen. Die Kommission in Koblenz wird ein Übergangsregime einrichten, um die Zurückziehung der genannten Maßnahmen vorzubereiten.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Tagesordnung angenommen: Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Verbündeten aufrechterhalten, der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerlässlich ist.

Zu Beginn der Sitzung hatte Loucheur dem Obersten Rat über die Arbeiten der internationalen Finanzkommission Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine Erörterung über die Frage der Kosten der Besatzungskamer. Der Oberste Rat nahm eine Entschliessung an, nach der die Reparationskommission die Vollmacht erhält, wenn ihre Mitglieder sich nicht einig werden, zu einem Schiedspruch zu greifen, wenn darüber und über die Wahl des Schiedsrichters Einstimmigkeit erzielt wird.

Die Sitzung des Obersten Rates wurde darauf geschlossen.

### Die Bedingungen für die Aufhebung.

Paris, 14. August. Nach der „Gazette“ sind die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat beschloß, die wirtschaftlichen Sanktionen vom 15. September ab aufzuheben, folgende: 1. Am 31. August wird die Milliarde Goldmark völlig von Deutschland bezahlt. 2. Es wird ein internationaler Organismus gebildet zur Überwachung der Abwicklung von Einfuhrerlaubnissen für Waren, die nach dem besetzten Gebiet gehen. Die Kommission in Koblenz wird ein Übergangsregime anarbeiten. 3. Es wird eine Kontrollkommission gebildet. Die in Deutschland bestehenden Kontrollkommissionen sollen beibehalten werden. Gemäß dem Vorschlage Fochs wurde eine fortgeschrittene Verminderung ins Auge gefaßt. Als Sitz der Kontrollkommission wird vom internationalen militärischen Ausschuss Verfallend bestimmt.

### Die Mitteilung des Obersten Rates an die deutsche Reichsregierung.

Berlin, 14. August. Der Oberste Rat hat gestern abend dem deutschen Reichsminister in Paris ein von Briand geschicktes Schreiben vom gestrigen Datum überreicht, worin es heißt, daß der Oberste Rat die Entschliessung, die ihm hinsichtlich der Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen obliegt, verweigert habe. Der Oberste Rat sei sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Bestimmung zu würdigen wisse, die ihn dazu führte, eine überhäufte Lösung abzulehnen. Der Oberste Rat rechnet darauf, daß sich die deutsche Regierung das Volk aufordern werde, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren und die Autorität der internationalen Kommission zu achten. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit auf die schwere Verantwortung, welche die Regierung auf sich laden würde, wenn sie es unterlasse, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden

Versuch zu verhindern, Unruhe im Abstimmungsgebiet zu fördern oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Abtritt von Banden oder bewaffneten Streifen unterblände.

Die Note des Obersten Rates stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Was die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese bekanntlich stets bemüht gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Bedinglich durch polnische Umtriebe und Gewalttaten ist die Ruhe in Oberschlesien gefährdet worden.

### Abreise der Delegierten.

Paris, 14. August. Die englischen Delegierten sind heute mittag nach London zurückgekehrt. Die italienischen Delegierten und auch die belgischen Delegierten haben gleichfalls Paris verlassen.

### Die nächste Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 14. August. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Anfang September eine neue Sitzung des Obersten Rates stattfinden werde. Bis dahin würden einige der eingereichten Vorschläge zur Berichterstattung bereit sein. In dieser Sitzung würde die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Abschnitt Dabibouf besprochen werden.

### Bonomi über die oberschlesische Frage.

Paris, 15. August. Der italienische Ministerpräsident Bonomi erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“: Es sei ein großer Irrtum, die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundrat als Niederlage Frankreichs anzusehen. In dieser Frage gebe es weder Sieger noch Besiegte. Im übrigen sei nicht zu sagen, daß die Ansicht des Völkerbunds im britischen Sinne ausfallen werde. Die italienische Regierung werde ihren Vertretern im Völkerbundrat die größte Freiheit lassen.

### Der Vertrag zwischen Amerika und Deutschland.

Washington, 15. August. Nach einer Ergänzungsmitteilung wird der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland dem Senat wahrscheinlich nicht vor September unterbreitet werden.

### Die irische Frage.

London, 15. August. Im Verhältnis zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch die Balera eine sehr ernste Lage entstanden. Dem „Daily Chronicle“ zufolge komme in politischen Kreisen die tiefste Enttäuschung über diese Wendung zum Ausdruck. Alle Augen seien jetzt auf die morgen stattfindende Sitzung des Parlamentes der Einzelner gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft Irlands entscheidend sein werde. Die Taten für eine friedliche Regelung händen noch offen. „Daily Herald“ nimmt an, daß das Einseiner-Parlament beschließen werde, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

### Die Kämpfe in Marokko.

Rabat, 15. August. Abu el Krim befindet sich an der Spitze von ungefähr 10000 Kämpfern auf dem Marsch nach Mekka. Die Araber von vier Stämmen, die sich in Gnis befinden, sind geplündert worden.

## Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

### Oberschlesien und der Völkerbundsrat.

Die Entscheidung des Obersten Rates, die oberschlesische Streitfrage durch Verweisung an den Völkerbund zu vertragen, hat vorübergehend eine gewisse Entspannung der politischen Lage herbeigeführt, aus der zunächst einmal Frankreich Nutzen zieht. Es hat Zeit gewonnen, die in der Politik bekanntlich ein immerhin nicht unbeachtliches Surrogat für einen entgangenen Erfolg ist, und es hat andererseits einwilligen wenigstens den Verband vor einem Bruch bewahrt; denn daß die oberschlesische Frage keine bloße territoriale Streitfrage zwischen Deutschland und Polen, sondern vielmehr eine prinzipielle Frage zweier imperialistischer Tendenzen ist, die zwischen den beiden Europa beherrschenden Mächten England und Frankreich ausgefochten werden muß, weil von ihrer Entscheidung die Entwicklung der europäischen Geschichte und Wirtschaft maßgebend beeinflusst wird, daran ist heute kein Zweifel mehr möglich.

Aber auch in Deutschland ist, darüber müssen wir uns ebenfalls im Klaren sein, der Ausgang der Pariser Besprechungen trotz des scheinbaren Misserfolges der Konferenz nicht unerwünscht, denn nicht nur, daß der deutsche Rechtsstandpunkt durch die Mehrheit der auf der Konferenz vertretenen Mächte eine beträchtliche Stärkung erfahren hat, die der kommenden Entscheidung durch den Völkerbundrat nur förderlich sein kann, — Deutschland ist auch an der Erhaltung der Entente auf das höchste interessiert. Wir können mit der französischen Unterstellung, der wie täglich in der Pariser Presse begegnen, nämlich, daß Deutschland nur auf den Augenblick warte, wo das französisch-englische Bundesverhältnis auseinanderbräche, durchaus zufrieden sein, denn vom unserem Standpunkte aus ist die Entente, d. h. also die Kontrolle der französischen Wünsche und Pläne durch Großbritannien, überhaupt die einzige Möglichkeit, daß wir uns diplomatisch gegen Frankreich einermöglichen behaupten. Frankreich hat mißfällig in Europa das Übergewicht in einem solchen Maße, daß es bei der gegenwärtigen Lage in Deutschland und Rußland, selbst ohne England, nahezu ganz Europa in Schach zu halten vermöchte. Das Bewußtsein dieser nicht zu leugnenden Stärke ist es ja auch, was immer von neuem die ruhige Entschlossenheit der Lage in Europa durch französische Abenteuerluste reizt. Andererseits vermag aber Frankreich ohne die moralische Zustimmung Englands nicht allzuviel auszurichten, weil mangelnde Sympathie von dieser Seite nicht etwa Neutralität, sondern unbedingte Gegnerschaft bedeutet. Eine gegen England gerichtete französische Politik würde alle Fehler des kaiserlichen Deutschlands in verstärkter Maße wiederholen, und ein Auf-die-Spize-Reiten dieser Politik die sich ganz auf die eigene Nachvollkommenheit verläßt, würde ohne jeden Zweck einen schlimmeren Zusammenbruch zur Folge haben, als ihn Deutschland erlebt hat. Die gemäßigtere Haltung in Frankreich ist sich über diese Gedankengänge selbstverständlich völlig im Klaren, und man kann deshalb nur zu gut verstehen, daß die Pariser Presse trotz einer gewissen Enttäuschung über den Ausgang der Pariser Verhandlungen zwischen den Zeilen zu verstehen gibt, daß man froh sein müsse, daß nicht noch Schlimmeres geschehen ist.

Im Interesse des geplagten Oberschlesiens ist selbstverständlich die Vertragung der Entscheidung um Wochen, wenn nicht Monate, höchst bedauerlich, aber moralisch ist für die Provinz bereits jetzt ein nicht zu übersehender Aktivposten entstanden, der seine ganze werbende Kraft erst zur Geltung bringen wird, wenn, was sehr wahrscheinlich ist, Polen durch einen Gewaltstreik die letzte Entscheidung des Obersten Rates zu durchkreuzen versuchen wird.